

## 60. Plenarsitzung am 25. Oktober 2019

### **Drs. 18/4819: Geburtshilfe in Niedersachsen stärken - Arbeitsbedingungen für Hebammen verbessern!**

#### **Rede des Landtagsabgeordneten Burkhard Jasper:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Landtagsdebatte am 15. Mai 2019 habe ich gesagt:

„Die Beantwortung dieser Anfrage hat gezeigt, dass diese Regierung handelt, um die Hebammenversorgung flächendeckend in Niedersachsen zu gewährleisten. Das gilt sowohl für das Sozial- als auch für das Wissenschaftsministerium.“

Diese Aussage hat nach wie vor Gültigkeit. Insofern kann ich überhaupt nicht verstehen, weshalb Sie diesen Antrag hier heute in den Landtag einbringen. Sehr viel sinnvoller wäre es gewesen, wenn Sie sich an den Diskussionen im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung beteiligt hätten; denn dort beraten wir das doch zurzeit.

Es wäre gut gewesen, wenn Sie, wie SPD und CDU das getan haben, dort direkt einen Antrag eingebracht hätten. Das haben Sie leider nicht gemacht.

Nein, offensichtlich nicht.

Folgende Anmerkungen möchte ich trotzdem zu dem Antrag machen:

Schon seit Oktober 2018 gibt es auf Initiative unserer Sozialministerin den Runden Tisch „Hebammenversorgung in Niedersachsen“. Dort können auch Anregungen aus dem Sozialausschuss aufgegriffen werden.

Zur Landeshebammenzentrale möchte ich anmerken, dass wir in unserem Antrag Aussagen dazu gemacht haben. Im Übrigen wäre es sicherlich auch sinnvoll, wenn Sie die Vorlage 5 zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsfachberufegesetzes lesen würden. Auch da steht etwas dazu drin.

Ferner wollen wir die Hebammenzentralen unterstützen und die Meldepflicht für die Kommunen gegenüber dem Land jetzt festschreiben.

Mit der wohnortnahen Geburtshilfe beschäftigt sich die Enquetekommission. Wir wollen eine qualitativ gute, flächendeckende Versorgung.

Zur Erhöhung der Ausbildungskapazitäten empfehle ich die Lektüre der Rede von Minister Björn Thümler zur Einbringung des Haushalts im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur. Die EU-Richtlinie zur Akademisierung wird umgesetzt. Übergangslösungen werden erarbeitet.

Eine Weiterqualifizierung wird angeboten, solange der Bedarf besteht. Dafür gibt es ein Aufbaustudium mit 45 Plätzen an der Hochschule Osnabrück. Weitere Plätze werden geschaffen, und zwar je 35 an vier Standorten: an der Hochschule Osnabrück, an der Medizinischen Hochschule Hannover, an der Universitätsmedizin Göttingen mit der Hochschule Hildesheim/Holzwinden/Göttingen und an der Universität Oldenburg mit der Jade Hochschule.

Insgesamt sind das somit 185 Plätze. Da heutzutage etwa 100 bis 120 Personen an den Berufsfachschulen mit der Ausbildung beginnen, bedeutet das eine Erweiterung der Kapazitäten.

Das ist doch äußerst erfreulich. Darauf sollten Sie einmal hinweisen und hier nicht immer so tun, als ob in Niedersachsen nichts geschehe - was eben nicht stimmt.

Die AfD geht in ihrem Antrag von einem sich laufend verschlechternden Zustand aus. Es ist typisch, dass Sie unsere Gesellschaft hier schlechtmalen.

Ich stelle hingegen fest: Landtag und Regierung sind auf einem sehr guten Weg, um die Versorgung mit Hebammen in Niedersachsen flächendeckend sicherzustellen.